

22.07.2012 - 21:01 Uhr

Ansgar Graw über die Notwendigkeit, das Waffengesetz in den USA zu verschärfen*Berlin (ots) -*

Fast auf den Tag ein Jahr nach dem Massenmord auf der norwegischen Insel Utøya und in Oslo, dem 77 Menschen zum Opfer fielen, hat eine ebenso kaltblütige Tat in Colorado die Welt erschüttert. Barack Obama sagte, wenn aus dem Amoklauf in Aurora eine Lehre zu ziehen sei, dann die, "dass das Leben sehr verletzlich und unsere Zeit hier begrenzt und kostbar ist". Damit banalisierte der Präsident die Tat. Das Kino-Massaker, bei dem zwölf Menschen starben, lehrt auch, dass die Waffenkontrolle in den USA zu lasch ist. Wenn ein 24-Jähriger legal vier Feuerwaffen erwerben kann, darunter ein halbautomatisches Gewehr vom Typ AR-15, und zudem 6000 Ladungen Munition, taugt das Recht nicht. Doch die Reform der entsprechenden Gesetze ist schwierig. Und dies liegt nicht in erster Linie daran, dass die NRA-Waffenlobbyisten 2,9 Millionen Dollar für den bisherigen Präsidentschaftswahlkampf spendeten, während Verfechter strikterer Kontrollen nur 240.000 Dollar zusammenbrachten. Viel entscheidender ist, dass es gute Argumente für den berühmten zweiten Verfassungszusatz aus dem Jahr 1791 gibt, der allen Bürger der USA das Recht garantiert, "Waffen zu besitzen und zu tragen". Wer die Verteidigung dieses Privilegs als nostalgische Reminiszenz an den Wilden Westen abtut oder auf eine vermeintliche Paranoia der Amerikaner zurückführt, kennt das Land nicht. Anders als das dicht besiedelte Deutschland lebt nicht jeder nur wenige Minuten von der nächsten Polizeistation entfernt. Wer je durch South Dakota oder Texas, durch New Mexiko oder Wyoming, durch Iowa oder Arizona fuhr, mag nachvollziehen, dass man seine Smith & Wesson im Haus haben möchte, wenn es bis zum nächsten Nachbar viele Meilen sind und der Sheriff Stunden für die Anreise bräuchte. Wo der Staat auch räumlich fern ist, hat das Recht auf Selbstverteidigung einen anderen Stellenwert als im Vollkasko-Europa - und selbst dort ließen sich Utøya nicht verhindern oder die Amokläufe in Winnenden und Erfurt. Dennoch bliebe in den USA genügend zu reformieren. Waffenbesitz im Grundsatz zu erlauben, ist etwas anderes, als auf die Registrierung verkaufter Waffen zu verzichten, wie es viele Bundesstaaten nach wie vor tun. Die verantwortlichen Politiker und Abgeordneten zeigen sich gänzlich unbeeindruckt davon, dass in den USA etwa achtmal mehr Menschen an Schusswunden sterben als in anderen industrialisierten Ländern. Halbautomatische Waffen wie die AR-15 sind zudem weder zur Selbstverteidigung noch für die Jagd erforderlich. Der Kongress bannte 1994 derartige Sturmgewehre, aber das Gesetz lief 2004 aus. Obama macht keine Anstalten, es zu erneuern. Und Mitt Romney trat zwar als Gouverneur von Massachusetts für striktere Waffengesetze ein, doch für den Präsidentschaftskandidaten ist das kein Thema mehr. Die gern bemühte Weisheit, nicht Waffen töten, sondern Menschen, ist so banal wie unaufrichtig. Eben weil Menschen töten, muss man ihnen den Zugang zu besonders gefährlichen Waffen nicht unnötig leicht machen. Striktere Waffengesetze werden nicht jedes Verbrechen verhindern. Aber sie können die Zahl und Wucht derartiger Taten reduzieren.

Kontakt:

BERLINER MORGENPOST

Telefon: 030/2591-73650

bmcvd@axelspringer.de

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100050382/100722151> abgerufen werden.